



Den Wandel gestalten

Ohne mehr Eigenvorsorge der Bevölkerung ist die Gesetzliche Krankenversicherung nicht zu retten und der medizinische Fortschritt nicht zu finanzieren.

Wie kann zukünftig der medizinische Fortschritt finanziert werden? Das ist die zentrale Frage, die sich uns allen am Beginn des neuen Jahrtausends stellt. Eine Antwort auf diese Frage gab weder das groß angekündigte Reformwerk, das uns im letzten Jahr beschäftigt hat, noch der Torso, der uns heute als „Gesundheitsreformgesetz“ zur Vollstreckung vorliegt.

Die stringente Fortsetzung der Budgetierung für die ambulante Medizin bei gleichzeitiger Einführung der integrierten Versorgung ist der kurzatmige Versuch, die Beitragssätze der Krankenkassen stabil zu halten und den Anschein zu erwecken, als könnten In-sellösungen den Zugang zum medizinischen Fortschritt für alle sichern.

Man muß kein Prophet sein, um vorzusagen, dass weder das eine noch das andere gelingen wird. Wir alle, Niedergelassene wie Klinikärzte, haben seit der Einführung der sektoralen Budgetierung die bittere Erfahrung machen müssen, dass nicht nur der Zugang zum Fortschritt in der Medizin für alle Patienten bedroht ist, sondern dass inzwischen sogar die Sicherstellung der Standardversorgung gefährdet ist.

Diese Erfahrungen haben uns in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr zum Bündnis Gesundheit 2000 zusammgeführt und zu gemeinsamen öffentlichen Aktionen gegen die geplante Gesundheitsreform veranlaßt. In diesem Jahr muß sich zeigen, wie stark die Solidarität in diesem Bündnis ist.

Insbesondere die Regelungen zur integrierten Versorgung stellen für unseren Kooperationswillen eine große Herausforderung dar. Worauf zielen diese Vertragsformen ab? Im Bereich der ambulanten Medizin sollen sie Gruppen von Ärzten herausbrechen aus dem Kollektivvertragssystem mit dem hohlen Versprechen auf Zugewinn zu Lasten der gesamten Ärzteschaft. Die Krankenkassen werden davon im Wettbewerb profitieren, uns wird es ruinieren. Dieser Weg wird uns Ärzte zurückführen in die Anfänge des vergangenen Jahrhunderts, als unsere Vorfäter gezwungen waren, in Frack und Zylinder bei den Krankenkassen zu antichambrieren, um an der Patientenversorgung teilhaben zu können um den Preis der freien ärztlichen Berufsausübung.

Die kurzfristige Antwort der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, zu deren Vorsitzenden mich die Kolleginnen und Kollegen im Januar gewählt haben, kann nur in einer offensiven Vertragsgestaltung liegen, um den Einkaufsmodellen der Krankenkassen zuvorzukommen und zugleich den Kolleginnen und Kollegen ihre freie ärztliche Tätigkeit zu sichern.

Dazu gehören auch Verträge, die die Schnittstellen der Sektoren ambulant und stationär integrativ regeln. Der Einbezug auch der Krankenhäuser in regionale Versorgungsnetze ist darunter genauso zu verstehen wie die Einrichtung von Notdienstpraxen am Krankenhaus überall da, wo es sinnvoll und günstig erscheint. Auch die gemeinsame Nutzung von High-Tech-Anlagen ist anstrebenswert, nicht zuletzt aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Gegenseitiger Nutzen zum Wohle des Patienten muss die Maxime sein statt Verdrängungswettbewerb.

Im Zentrum unserer strategischen Bemühungen muss mehr denn je eine Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung stehen, sowohl ihrer Finanzierungsgrundlagen wie ihres Leistungskataloges.

Wir müssen unseren Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber den Patienten deutlich machen, dass die Medizin Leistungen anbieten kann, die nicht zwingend von der Solidargemeinschaft zu tragen sind. In allen Bereichen wird der mündige Bürger beschworen – nur im Gesundheitswesen wird ihm diese Fähigkeit abgesprochen.

Zudem muss die Krankenversicherung wie alle Sozialversicherungen eine Reform ihrer Finanzierungsgrundlagen erfahren. Bei einer sinkenden Erwerbsquote können die Einkommen aus Erwerbstätigkeit nicht länger die alleinige Finanzierungsgrundlage sein. Ohne einen strukturellen Wandel, wie er zur Zeit bei der Rentenversicherung unter dem Stichwort „Eigenvorsorge“ eingeleitet wird, ist die Gesetzliche Krankenversicherung nicht zu retten und der medizinische Fortschritt nicht zu finanzieren.

*Dr. Leonhard Hansen
Vorsitzender der KV Nordrhein
Mitglied des Vorstandes der
Ärztammer Nordrhein*